

Petition:

Nein zu Wachstum und Standortwettbewerb als Staatsziele!

Während die österreichische Regierung Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen kritisiert, will sie gleichzeitig "Wachstum" und einen „wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort" als Staatsziele in der Verfassung verankern. Damit sollen Urteile wie das gegen die klimaschädliche 3. Piste am Flughafen Wien in Zukunft verhindert werden.

Doch um „wettbewerbsfähig“ zu sein müssen wir angeblich nicht nur beim Klima- und Umweltschutz auf die Bremse steigen. Seit Jahren wird uns eingeredet, dass wir dafür auch länger arbeiten, Löhne kürzen, Sozialleistungen streichen, öffentliche Dienste privatisieren sowie Steuern für Vermögende und Konzerne senken müssen.

Wortlaut der Petition:

An die Abgeordneten des österreichischen Nationalrates

Ich bitte Sie als Abgeordnete/n zum österreichischen Nationalrat der beantragten Erweiterung des Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser - und Lebensmittelversorgung und die Forschung (BGBl. I Nr. 111/2013) um einen Paragraphen zu Wachstum, Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort nicht zuzustimmen.

Wer die Verwertungsbedingungen für das globale Kapital zum obersten Ziel eines Gemeinwesens erhebt, unterwirft immer mehr politische Entscheidungen dieser - angeblich alternativlosen – Logik. Dadurch steigt nicht nur die Ungleichheit – damit wird auch die Demokratie ausgehebelt.

Um ein gutes Leben für alle Menschen zu erreichen müssen wir mit der Wachstums- und Konkurrenzlogik brechen anstatt sie verfassungsrechtlich abzusichern.